

Übersichten

Juni 1999

Außenpolitik

1 Streitpunkte zwischen Beijing und Washington: Tema con variazioni

In vier Punkten hat sich während des Berichtszeitraums die Palette der chinesisch-amerikanischen Streitpunkte erweitert: Nachdem die Polemik um die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad (dazu Näheres C.a. 1999/5, S.487ff.) abgeklungen war, gab es neue Mißhelligkeiten anlässlich eines Resolutionsentwurfs, der von amerikanischen Abgeordneten anlässlich des 10. Jahrestags des „Tiananmen-Zwischenfalls“ dem Kongreß vorgelegt worden war und in dem der VR China Vorhaltungen in der Menschenrechtsfrage gemacht sowie eine neue Untersuchung der Vorgänge vom 4. Juni 1989 gefordert wurde. Trotz augenblicklich einsetzender Proteste Chinas wurde der Antrag am 30. Mai vom US-Kongreß angenommen.

Beijing reagierte verstört auf diesen „unverschämten Beschluß“ und bezeichnete ihn als erneute Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VRCh und als Beginn einer neuen „Anti-China-Welle“. Unter dem Ban-

ner von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten hätten sich die USA wieder einmal dazu hinreißen lassen, ihre eigenen Wertvorstellungen anderen Ländern aufzuzwingen und ihre Absicht, die Welt allein zu beherrschen, ein Stück weiter zu verwirklichen versucht. Was von den angeblich so edlen Absichten jedoch zu halten sei, habe das amerikanische Vorgehen im Kosovo gezeigt, wo fast eine Million Menschen – wegen der NATO-Bombardements (sic!) – ihr Zuhause hätten verlassen müssen und heimatlos geworden seien. Mit ihrem Vorgehen im Kosovo hätten die USA die „größte humanitäre Katastrophe und Verletzung der Menschenrechte seit dem Ende des kalten Kriegs“ heraufbeschworen. Man könne sich über die „Scheinheiligkeit des Menschenrechtskonzepts der USA“ nur noch verwundert die Augen reiben! (XNA, 30. und 31.5.99.)

Ein dritter Punkt ist die „seit Kosovo“ zum System erhobene Anklage gegen Washington, die USA wollten zum Beherrscher der Welt werden. Abgesehen davon, daß dieses Thema mittlerweile im Stil regelrechter Akademie-Seminare abgehandelt wird, dient es auch zahlreichen XNA- und RMRB-Artikeln als Leitmotiv. Unter anderem brachte die *Volkszeitung* am 27. Mai auf ihrer Titelseite einen Kommentar, der sich mit der zuletzt wieder in Jugoslawien sichtbar gewordenen „globalen Hegemonialstrategie“ der USA beschäftigt. In Europa bedienen sich die USA zu diesem Zweck der NATO, im asiatisch-pazifischen Raum dagegen machten sie von der Allianz mit Japan und Taiwan Gebrauch. Gegenüber der dritten Welt schließlich spielten sie sich als „Menschenrechtsanwälte“ auf und versuchten, den dortigen Regierungen ein schlechtes Gewissen in Sachen „Freiheit“ oder „Demokratie“ einzureden, um sie einzuschüchtern und kleinlaut werden zu lassen.

Im 21. Jahrhundert seien die friedliebenden Länder und Völker jedoch ausnahmslos entschlossen, keinen Neokolonialismus und keinen Neo-Hegemonismus mehr hinzunehmen.

Die schlechte Stimmung zwischen Washington und Beijing hat sich nicht zuletzt auch auf die Verlängerung der US-Handelsverträge mit China niedergeschlagen, über die am 3. Juli neu zu entscheiden war. Präsident Clin-

ton plädierte in diesem Zusammenhang nicht nur für eine Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel, sondern auch des NTR, d.h. der „normalen Handelsbeziehungen“. Dem Antrag wurde zwar stattgegeben, doch kam es im Vorfeld zu gehässigen Diskussionen, die nach Meinung chinesischer Beobachter mit antichinesischen Ausfällen nur so gespickt waren. -we-

2 Der Cox-Bericht: „Lügen“, „rassistische Vorurteile“ und Versuche, „China vorzuführen“

Am 25. Mai 1999 veröffentlichte ein Sonderausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses unter der Leitung des Republikaners Christopher Cox einen 872 Seiten umfassenden Bericht, in dem die Behauptung aufgestellt wurde, daß die VR China zwei Jahrzehnte lang systematisch Geheiminformationen aus amerikanischen Nuklearwaffenlaboratorien entwendet habe. Dabei seien gezielt Atomgeheimnisse gestohlen worden, um sie bei der Entwicklung moderner Nuklearsprengköpfe der VBA einzusetzen.

Der Kongreßbericht, der von fünf Republikanern und vier Demokraten unter der Federführung des kalifornischen Abgeordneten Cox zusammengestellt worden ist, greift bis weit in die 70er Jahre zurück. Schon damals, zur Zeit der Präsidentschaft Carters, soll ein chinesischer Spion im kalifornischen Lawrence-Livermore-Laboratorium Sprengkopfwentwürfe gestohlen haben. Während der Administrationen Reagan und Bush seien diese illegalen Aktionen weitergegangen, und auch in Clintons Amtszeit habe es zwei größere Verstöße gegeben. Darüber hinaus habe Israel während der 90er Jahre amerikanische Militärtechnik, darunter Lenksysteme für Raketen und Flugzeuge, an China weiterverkauft.

Bei den chinesischen „Spionen“ habe es sich nicht um professionelle, sondern zumeist um „Amateurspione“ gehandelt, d.h. in aller Regel um chinesische Wissenschaftler, Studenten und Besucher, die sich Zugang zu Forschungseinrichtungen verschafft und dabei die verhältnismäßig lockeren amerikanischen Sicherheitsvorkehrungen ausgenutzt hätten.

Die chinesische Reaktion war geharnt und schlug einen Ton an, wie man ihn seit Jahren in dieser Schärfe nicht mehr gewohnt war, wie er aber im Zuge der Kosovo-Agitprop wieder alltäglich geworden ist, vor allem nachdem sich die Li-Luo-Linie hat durchsetzen können (Einzelheiten zu diesem Punkt C.a., 1999/5, S.489).

Für die chinesische Seite galt es zunächst einmal als ausgemacht, daß der Bericht – nur zwei Wochen nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad erschienen – ganz eindeutig dem Zweck dienen sollte, die Aufmerksamkeit von der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad abzulenken. Darüber hinaus zeige der Bericht auch unzweideutig die Motive „einiger weniger“ Amerikaner, denen es darum gehe, antichinesische Stimmungen anzuheizen und zu diesem Zweck auch das Gespenst einer „Bedrohung durch China“ zu beschwören.

Am 28. Mai wies der chinesische Botschafter in Washington, Li Zhaoxing, den Cox-Report als „pure Erfindung“ zurück (XNA, 30.5.99). Die „Hysterie“ der Verfasser könne die guten amerikanisch-chinesischen Beziehungen gefährden.

Weitaus schärfer waren die Stellungnahmen aus Beijing. Dort wurde der Cox-Bericht mit den „schäbigen Methoden“ McCarthys während der 50er Jahre in Parallele gesetzt. Der Cox-Bericht sei überdies außerordentlich „arrogant“ und neige dazu, „die Weisheit und die Kreativität der chinesischen Wissenschaftler zu unterschätzen“. Man vergesse nicht, daß China schon lange vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA im Jahre 1979 seine eigenen A- und H-Bomben sowie zahlreiche Satellitentypen entwickelt hatte (XNA, 28.5.99).

In einer anderen Stellungnahme, herausgegeben von Zhao Qizheng, dem Leiter des Presseamts beim Staatsrat, hieß es, daß der Cox-Bericht ein „rassistisches“ Dokument sei, dessen Verfasser sich nicht schämten, ständig mit Ausdrücken wie „anscheinend“, „vermutlich“, „falls“, „vielleicht“ oder „wahrscheinlich“ zu operieren. Die VRCh in die Position eines „Diebes“ bringen zu wollen, sei überdies „absolut lächerlich“. Es habe ausgereicht, mit einer gewissen Sorgfalt die „jeder-

mann zugänglichen Zeitschriften der USA“ auszuwerten, um eine Fülle von Leistungsdaten über die im Cox-Bericht erwähnten sieben Typen nuklearer Sprengköpfe W56, W62, W70, W76, W78, W87 und W88 zu erhalten. Es sei rundum legitim gewesen, an diese öffentlich publizierten Zeitschriften heranzugehen. Von „Diebstahl“ könne ganz gewiß nicht die Rede sein. Dasselbe gelte für die Auswertung von Materialien, die in Form von Protokollen der Anhörungen des US-Kongresses sowie von Angehörigen der drei großen Nuklearlaboratorien des US-Ministeriums für Energie sowie des US-Verteidigungsministeriums für jedermann zur Einsicht vorlägen. Jeder Benutzer könne diese Materialien in den Bibliotheken auswerten. Wiederholte Male wurde auch darauf hingewiesen, daß viele Daten über die US-Nuklearforschung auch aus dem Internet „herausgepickt“ werden könnten (IHT, 1.6.99).

Aus der Tatsache, daß die thermisch-nuklearen Sprengköpfe der VR China technologisch denen der USA ähnelten, könne ebenfalls kein „Diebstahl“-Verdacht abgeleitet werden.

Chinesische Wissenschaftler entwickelten seit nunmehr über 30 Jahren eigene Raketen. Wozu bräuchten sie da noch amerikanische Anleitungen!? „Kurz und gut: Wir haben nichts gestohlen – und wir brauchen auch nichts, weil wir alles selbst erfinden und produzieren“ – dies etwa ist die Argumentationslinie der Stellungnahme des Presseamts (RMRB, 14.6.99, S.4).

Verständlich, daß im Zusammenhang mit dem Cox-Bericht auch zahlreiche chinesische Wissenschaftler, vor allem, soweit sie im Nuklearbereich tätig sind, Gelegenheit erhielten, kritisch zu dem „Report“ Stellung zu nehmen (Einzelstimmen in XNA, 3.6.99).

In der amerikanischen Innenpolitik stieß der Bericht auf unterschiedliche Reaktionen: Während Organisationen wie beispielsweise die CIA schärfere Zugangskontrollen zu Hightech-Kenntnissen forderten, hoben andere Kommentatoren hervor, daß es sich bei dem Bericht möglicherweise vor allem um einen innenpolitischen Seitenhieb gegen die Clinton-Administration gehandelt habe. Man vergesse nicht, daß die Untersuchungen zum Cox-

Bericht zu einer Zeit eingeleitet worden seien, als Clintons Hauptgegner, Newt Gingrich, noch auf dem Höhepunkt seines Einflusses stand (IHT, 24.5.99) und Belastungsmaterial gegen Clinton zusammentragen ließ.

Von solchen Erwägungen aber einmal abgesehen, hat der Cox-Report doch beträchtlichen Schaden angerichtet und nicht zuletzt auch die „Gefühle der Überseechinesen“ verletzt (in diesem Sinne *Zhongguo Xinwenshe* in SWB, 19.6.99). Man sei nicht zuletzt deshalb so beleidigt gewesen, weil dem Cox-Report die stillschweigende Prämisse zugrundeliege, daß die „80.000 chinesischen Wissenschaftler und die rund 100.000 chinesischen Studenten, die in den letzten Jahren in den USA gewesen seien, sowie die 3.000 in den USA niedergelassenen chinesischen Firmen nichts anderes im Sinn gehabt hätten, als amerikanische Geheimnisse auszugraben“ (so RMRB, 14.6.99, S.4). -we-

3 Zusammenstoß mit den Philippinen im Spratly-Bereich

Am 23. Mai 1999 ist der chinesische Fischkutter Qionghai 03091 von dem philippinischen Marineschiff Nr.47 in der Nähe der Huangyan-Insel im Spratly-Bereich nach philippinischer Darstellung versehentlich touchiert, nach chinesischer Behauptung aber gejagt und gerammt worden. Die elf Besatzungsmitglieder des Kutters wurden dabei ins Meer geschleudert; acht konnten von einem anderen chinesischen Fischkutter in Sicherheit gebracht werden, die restlichen drei wurden von dem philippinischen Marineschiff aus dem Wasser gezogen und nach Manila befördert.

China protestierte gegen dieses Vorgehen der philippinischen Marine, weil durch den Zwischenfall nicht nur wirtschaftliche Verluste angerichtet, sondern darüber hinaus auch Chinas Souveränität verletzt wurde.

Die philippinische Seite ihrerseits gab zu verstehen, daß gerade umgekehrt die chinesischen Fischer das Souveränitätsrecht der Philippinen verletzt hätten, das im Umfeld der Insel bestehe. -we-

4 Osterweiterung der NATO und Westerweiterung der japanischen Sicherheitszone – ein abgekartetes Spiel der USA!

Am 27. April (1999) nahm das japanische Parlament die Gesetzesvorlagen über die „neuen japanisch-amerikanischen Verteidigungsrichtlinien“ an, mit denen sich Japan, chinesischer Ansicht zufolge, an den „US-Streitwagen angebunden“ hat. Zusammen mit der Osterweiterung der NATO bildeten die neuen japanisch-amerikanischen Verteidigungsrichtlinien die beiden Kernstücke „der globalen US-Sicherheitsstrategie nach dem Ende des kalten Kriegs“. In Europa hätten sich die USA mit den meisten dortigen Ländern verbündet, um Rußland mit einem Containment-Ring zu umgeben, in Asien aber hätten sie sich mit Japan zusammengetan, um China in Schranken zu halten. Damit habe Washington eine Doppelstrategie gegenüber Rußland und China eingeleitet: Auf der einen Seite fördere es zwar Gesprächsrunden wie die OSZE (in Europa) und das ARF (in Asien), auf der anderen Seite aber versuche es, China und Rußland von allen Seiten her einzuzäunen.

Leider habe Japan Machenschaften dieser Art allzu wenig Widerstand entgegengesetzt und sich nun auch durch eigene Gesetze in die ihm von den USA zgedachten Fesseln begeben. Das neue Bündnis laufe auf eine verstärkte Militärkooperation zwischen Japan und den USA hinaus. Daraus ergäben sich drei tiefgreifende Konsequenzen:

Erstens existiere der reine Selbstverteidigungsstatus, den sich Japan in seiner Nachkriegsverfassung auferlegt habe, nun nur noch dem Namen nach; seien doch die Selbstverteidigungskräfte (SDF) nicht mehr nur auf Verteidigung des eigenen Territoriums, sondern auch auf Vorwärtsaktionen in Richtung Nordkorea und Taiwan programmiert worden. In den neuen Richtlinien werde u.a. definiert, wann „sicherheitsgefährdende“ Auseinandersetzungen „in der Umgebung Japans“ anstünden, wann in einem anderen Land ein „Bürgerkrieg“ ausbreche und wann politische Unruhen in einem Land militärische Gegenmaß-

nahmen erforderten. Hier sei der japanischen Militärführung ein Blankoscheck für Maßnahmen vorwärtsstrategischer Art in der „Umgebung Japans“ ausgestellt worden. Den SDFs würden auch nicht länger geographische Grenzen gesetzt, so daß sie notfalls auch auf der Koreanischen Halbinsel, in der Taiwanstraße und im Spratly-Bereich zusammen mit den US-Streitkräften aktiv werden könnten. Mit diesem Blankoscheck sei einer Politik, die sich immerhin 53 Jahre lang bewährt habe, schlagartig der Garaus gemacht worden.

Zweitens würden durch die neue Politik alte japanische Prinzipien betreffs Waffenexporten und der Gewährung von militärischer Hilfe hinfällig. Nach den neuen Bestimmungen verpflichtet sich Japan, den US-Streitkräften in Kriegszeiten Unterstützung zu gewähren, ihnen zivile Einrichtungen zu militärischer Nutzung zu überlassen und ihnen Transporthilfe, Waffen, Munition und Treibstoffe zur Verfügung zu stellen sowie sie durch Reparaturen, durch Sanitätsdienste und durch telekommunikative Hilfeleistungen zu unterstützen.

Drittens könne auch von Selbstverteidigung im eigentlichen Sinne kaum noch die Rede sein. Seien die SDF in einem künftigen Krisenfall doch befugt, künftig auch außerhalb Japans Nachrichten zu sammeln, Minen zu räumen und Überwachungsdienste zu leisten.

Die neuen „Richtlinien“ verstießen nicht nur gegen die eigene Nachkriegstradition, sondern auch gegen chinesisch-japanische Abmachungen über Taiwan sowie gegen Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen, die Japan gegenüber China seit 1972 immer wieder abgegeben habe.

China könne der japanischen Regierung in dieser Situation nur raten, so schnell wie möglich wieder zur reinen Verteidigungspolitik zurückzukehren (XNA, 27.5.99).

Gleichzeitig zeigte sich das Außenministerium besorgt über die „mögliche Unterzeichnung des japanisch-amerikanischen Memorandums zur Errichtung eines Raketenabwehrschilds (TMD: Theatre Missile Defense)“ (XNA, 30.6.99). (Näheres zum TMD-Thema in C.a., 1999/3, Ü 7.) Radio

Beijing fuhr hierzu am 28. Mai schweres Geschütz auf und brachte die neuen Gesetze in Zusammenhang mit der „Aggression des kaiserlichen Japan im Zweiten Weltkrieg“ (SWB, 29.5.99).

Da nutzte es auch nichts, daß der japanische Außenminister Masahiko Kōmura die chinesische Seite bat, der japanischen Seite doch ein wenig mehr Vertrauen entgegenzubringen (Kyodo, in SWB, 27.5.99). Die „ernsthaften Sorgen“ Beijings waren jetzt freilich nicht mehr zu vertreiben: Störrisch blieb die VR China bei ihren „Besorgnissen“! -we-

5 Stellungnahme zur politischen Lösung der Kosovo-Frage

Nach zähen Verhandlungen der westlichen G-7-Staaten mit Rußland kam in den ersten Juni-Tagen ein Entwurf über die Beendigung der Kosovo-Krise zustande, dessen Annahme der durch 78 Tage Luftkrieg zermürbten jugoslawischen Führung durch den russischen Unterhändler Tschernomyrdin und durch den EU-Delegierten Ahtisaari ans Herz gelegt – und von Belgrad schließlich auch akzeptiert wurde.

Im militärischen Teil der Resolution wurde die BR Jugoslawien verpflichtet, sämtliche militärischen und polizeilichen Kräfte aus dem Kosovo abzuziehen und die Sicherheitsüberwachung dort den KFOR-Truppen zu überlassen.

Im zivilen Teil der Resolution wurde den Vereinten Nationen das Recht zugesprochen, provisorische Verwaltungsorgane einzurichten und Wahlen zu organisieren, in denen über den künftigen Status des Kosovo entschieden werden soll. Gleichzeitig sollten die rund 860.000 Kosovaren, die in den vorausgegangenen Wochen ihre Heimat hatten verlassen müssen, das Recht zur Heimkehr erhalten.

In einem dritten Teil wurden die Modalitäten für das internationale Kriegsverbrechertribunal festgelegt. Danach sollten alle Parteien mit dem internationalen Gerichtshof zusammenarbeiten, um die Verfolgung des jugoslawischen Präsidenten und vier seiner engsten serbischen Führer zu gewährleisten.

In einem Zusatz wurde die – führende! – Rolle der NATO innerhalb der KFOR-Einheiten definiert.

Mit dieser Resolution sollte die Kosovo-Frage nach mehr als zwei Monaten pausenloser Bombardements zurück an die Vereinten Nationen gehen. Generalsekretär Kofi Annan, der die Resolution entgegennahm, drückte seine Hoffnung aus, daß sie bereits innerhalb von 24 Stunden verabschiedet werden möge.

Die Resolution wurde in der Tat bereits am 10. Juni verabschiedet.

Während die drei westlichen Mitglieder des Ständigen Sicherheitsrats, USA, Großbritannien und Frankreich, zusammen mit Rußland für die Resolution stimmten, beschränkte sich die VR China auf Stimmenthaltung.

Obwohl Beijing gegenüber einigen Punkten des Beschlüßentwurfes der G-8-Länder Bedenken hegte und obwohl, wie es offiziell heißt, „das mutwillige und willkürliche Bombardement durch die NATO Anlaß für einen gewaltigen Flüchtlingsstrom von etwa einer Million Menschen“ war, verzichtete China auf ein Veto, und zwar deshalb, weil (1) die Nationalversammlung der Bundesrepublik Jugoslawien den „Friedensplan“ der G-8 akzeptiert habe, weil (2) der Beschlüßentwurf die Führungsrolle des Sicherheitsrats anerkannte, und weil (3) die Billigung der Resolution das Leid der Bevölkerung möglichst schnell beenden würde. Im übrigen habe sich China von Anfang an ohnehin für eine politische Lösung der Frage ausgesprochen (XNA, 11.6.99). -we-

6 „Sühnemission“ der USA

Am 16. Juni präsentierte Unterstaatssekretär Thomas R. Pickering, Nr.3 im US-Außenministerium, einen US-Regierungsbericht über die Ergebnisse der Untersuchung jenes NATO-Angriffs auf die chinesische Botschaft in Belgrad, der am 7. Mai zur Zerstörung des Botschaftsgebäudes und zum Tod dreier dort anwesender chinesischer Journalisten geführt hatte. Im Anschluß an diese Bombardierung, die von der chinesischen Propaganda so hingestellt worden war, als sei sie absichtlich erfolgt, um China zu demütigen, war es zu tagelangen Demon-

strationen vor allem vor dem amerikanischen und britischen Botschaftsgebäude in Beijing gekommen, wobei die staatlichen Behörden stets die Hand mit im Spiel hatten und darüber wachten, daß der „Zorn des Volkes“ zwar eindrucksvoll ausfiel, nicht jedoch über die Stränge schlagen konnte (ausführlich zu diesem Thema C.a., 1999/5, S.483-491).

Pickering wies bei seinem Beijinger „Sühnebesuch“ darauf hin, daß sich Präsident Clinton und die US-Regierung bei der chinesischen Regierung und beim chinesischen Volk schon gleich nach dem „schrecklichen Mißgeschick“ für die Bombardierung entschuldigt hätten. Er, Pickering, komme nun im nachhinein nach China, und zwar als persönlicher Gesandter Clintons, der ihn gebeten habe, nochmals mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Bombardierung Folge einer Reihe „tragischer Irrtümer“ gewesen sei. Nachforschungen hätten ergeben, daß der Irrtum drei Wurzeln gehabt habe. Erstens einmal seien bei der Zielfindung zwei veraltete Landkarten von 1989 und 1996 sowie eine Landkarte der „National Imagery and Mapping Agency“ (NIMA) von 1997 verwendet worden, in denen der Standort der chinesischen Botschaft nirgends genau markiert war. Zweitens sei der neue Standort der Botschaft niemals in die Datenbanken des US-Geheimdienstes eingegeben worden. Drittens hätten auch die regelmäßig vorgeschriebenen Nachkorrekturen zu keiner Identifizierung des neuen Lagers der chinesischen Botschaft geführt.

Unter diesen Umständen sei der Luftschlag wie geplant – und auf die bekannt mißliche Weise – verlaufen: Am 7. Mai um 21.46 Uhr Greenwich-Zeit habe ein B2-Bomber der Whiteman-Luftbasis in Missouri fünf JDAM-2.000-Allwetter-GPS-Lenkbomben auf das falsche Ziel, die chinesische Botschaft in Belgrad, abgeschossen. Da der Angriff bei Dunkelheit erfolgt sei, hätten die in großer Höhe operierenden Flugzeuge auch keine Möglichkeit gehabt, das angepeilte Ziel als chinesisches Botschaftsgebäude zu identifizieren und die Operation abzubrechen.

Die USA hätten für die verletzten chinesischen Gefühle volles Verständnis und seien zu Schadenersatzleistungen

und zu weiteren Gesprächen über den Vorfall bereit, zumal ihnen die sino-amerikanischen Beziehungen viel bedeuteten.

Die chinesische Regierung bezeichnete all diese Erklärungen als „nicht überzeugend“. Niemand könne glauben, daß die USA, die über so außerordentlich fortgeschrittene Beobachtungstechniken verfügten und die ja auch viele Wochen Zeit gehabt hätten, die Ziele genau festzulegen, ein Gebäude nicht als chinesische Botschaft hätten identifizieren können, das ja in typisch chinesischem Stil aufgezo-gen – und als solches jedem Bewohner Belgrads bekannt war (XNA, 17.6.99). Auch wollte man den Amerikanern die Krokodilstränen nicht abnehmen.

Außenminister Tang Jiaxuan wies noch einmal darauf hin, daß die USA das Völkerrecht und die Souveränität sowie die nationale Würde Chinas verletzt hätten und daß China deshalb auch weiterhin darauf bestehen müsse, einen „wirklich umfassenden“ Bericht über den Vorfall zu erhalten. Ferner seien die Schuldigen hart zu bestrafen.

Nirgends wird zwar von einem absichtlichen Angriff gesprochen, doch lassen die offiziellen Erklärungen – und übrigens auch die amtliche Propaganda – a priori keine andere Deutung zu.

China kostet hier ein Triumphgefühl aus, das sich im Gefolge des Gesichtsverlusts der USA eingestellt hat. So schnell will man sich die hier gewonnenen Karten nicht aus den Händen nehmen lassen.

Nachdem die chinesische Propaganda die Öffentlichkeit wochenlang aufgehetzt, mit bewußt falschen Informationen („absichtlicher Angriff zwecks Demütigung Chinas“) gefüttert und auch mit keinem Wort darauf hingewiesen hat, daß sich zumindest der amerikanische Präsident und der deutsche Bundeskanzler für das Vorgehen längst entschuldigt haben, dürfte es nicht gerade einfach sein, die Wogen wieder zu glätten und zu jener Normalität zurückzukehren, auf die China im Interesse der reibungslosen Fortsetzung seiner Außenwirtschaftspolitik so dringend angewiesen ist. -we-

7 China und die Korea-Gespräche

Die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea, die seit dem Koreakrieg von 1950 fast permanent auf Hochspannung waren, sind, wenn dies überhaupt noch möglich ist, durch Ereignisse vom Sommer 1999 ein weiteres Mal verschärft worden:

- Mitte Juni kam es im Gelben Meer zu Zusammenstößen zwischen Kriegsschiffen beider Länder, die mit der Versenkung eines nordkoreanischen Torpedoboots vorerst beendet wurden.
- Überdies brachte der Norden am 20. Juni eine südkoreanische Touristin hinter Schloß und Riegel, die an einer vom südkoreanischen Hyundai-Konzern organisierten Reise teilnahm und die von den nordkoreanischen Behörden beschuldigt wurde, sie habe einen örtlichen Reiseleiter zur Flucht in den Süden überreden wollen.
- Drittens aber ließ die nordkoreanische Seite die ursprünglich für den 21. Juni geplanten Gespräche scheitern, da eine von Südkorea zugesagte Lieferung von 22.000 t Kunstdünger bis dahin verabredungswidrig noch nicht in Nordkorea eingetroffen war: Es handelte sich hierbei um die erste Rate einer Gesamtlieferung von 200.000 t Kunstdünger, mit deren Zusage sich Südkorea die Bereitschaft der Nordkoreaner zu Wiedervereinigungsgesprächen erkaufen wollte (XNA, 4. und 6.6.99).

Nachdem das Schiff schließlich doch eingetroffen war, wurden die Gespräche am 22. Juni im Beijinger Kempinski-Hotel nachgeholt.

Im Anschluß an das Treffen teilte der südkoreanische Teilnehmer mit, daß vor allem die Themen „Konflikt im Gelben Meer“ und „Familienzusammenführungen“ behandelt worden seien. Mit Familienzusammenführung ist die Wiedervereinigung von Familien gemeint, die durch den Koreakrieg vor nunmehr 49 Jahren auseinandergerissen worden sind.

Die nordkoreanische Delegation war bereits am 3. Juni in Beijing eingetroffen, und zwar unter Führung des Prä-

sidenten der obersten Vollversammlung, Kim Yong Nam.

Es handelte sich hier um den höchsten Besuch aus Nordkorea, seit der verstorbene Parteiführer Kim Il Sung im Oktober 1991 nach Beijing gekommen war – zehn Monate, bevor die VRCh diplomatische Beziehungen mit Südkorea aufnahm und damit, wie Pyonyang meinte, eine bewährte Freundschaftsbeziehung mutwillig zerbrach.

Die bis dahin so „unverbrüchliche Freundschaft“ zwischen Beijing und Pyonyang war 1992 in die Brüche gegangen, als die VR China mit Südkorea diplomatische Beziehungen aufnahm. In den nachfolgenden Jahren kam es zu immer stärkeren Spannungen zwischen beiden Nachbarn, die sogar militärische Aufmärsche zur Folge hatten. In der Zwischenzeit freilich hat China mehrmals den „Gang nach Canossa“ angetreten und sich den Nordkoreanern dadurch wieder anzunähern versucht, daß es Versprechungen beträchtlichen materiellen Umfangs machte, auf die Nordkorea in seiner wirtschaftlich katastrophalen Situation, vor allem seit Beginn der Hungerkrise im Jahre 1995, dringend angewiesen ist. Angeblich hat mittlerweile Nordkoreas Führer, Kim Jong Il, sogar eine Einladung zum Besuch der VR China angenommen.

Auch beim Besuch Kim Yong Nams ergriffen die chinesischen Spitzenpolitiker jede Gelegenheit, um sich mit dem hohen Gast in Verbindung zu setzen und um von dem einst so freundschaftlichen Verhältnis zu retten, was noch zu retten ist (XNA, 4. und 5.6.99).

Unter anderem versprach die VR China den Nordkoreanern am 4. Juni, für das laufende Jahr 1999 150.000 t Getreide und 400.000 t Koks bereitzustellen.

Beim Besuch Kims wurde erneut deutlich, wie schwer sich die chinesische Führung mit den Nordkoreanern tut. Auf der einen Seite haben sie ihnen gegenüber ein schlechtes Gewissen, auf der anderen Seite aber gilt es auch, da und dort ein ernstes Wort mit ihnen zu reden:

So gibt es beispielsweise zahlreiche Hungerflüchtlinge, die aus Nordkorea ins vergleichbar „wohlhabende“ China hinüberfliehen. Die Zahlen wuch-

sen vor allem seit Beginn des Jahres 1999 so stark an, daß China sich gezwungen sah, bewaffnete Streitkräfte entlang der Grenze zu postieren. In der Tat mußte ein Sprecher des Außenministeriums bei der Pressekonferenz am 4. Februar 1999 einräumen, daß „Bürger aus den Grenzgebieten der Demokratischen Volksrepublik Korea aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren illegal nach China eingewandert sind. Wenn es zu derartigen Situationen kommt, hat China stets angemessene Methoden ergriffen, um damit umzugehen. Aber strenggenommen können derartige Personen nicht als Flüchtlinge bezeichnet werden.“ (So BRu 1999, Nr.8, S.9.)

Ferner gilt es, bei Zusammenkünften mit nordkoreanischen Politikern immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Konflikt zwischen Nord und Süd im Interesse des Friedens und der Stabilität auf der Koreanischen Halbinsel mit politischen Mitteln gelöst werden müsse (XNA, 16.6.99).

Die Gespräche zwischen den beiden koreanischen Delegationen vom 22. Juni sollten lediglich den Auftakt für die Fortsetzung der Vier-Parteien-Gespräche zwischen der VR China, den USA sowie Nord- und Südkorea bilden. Die Vierergespräche finden erneut in Genf statt und markieren diesmal die sechste Runde seit 1997. Zweck der Vierergespräche ist es, eine solide Basis für die endgültige Lösung des Konflikts auf der koreanischen Halbinsel zu finden (XNA, 20.6.99).

Während Kim sich in China aufhielt, besuchte gleichzeitig der frühere Verteidigungsminister William Perry die Volksrepublik Korea. Es war dies der höchste amerikanische Besuch in Pyonyang seit dem Koreakrieg von 1950-53. -we-

Innenpolitik

8 Jiang Zemin fordert politische Disziplin und lehnt umfassende Privatisierung ab

Partei- und Staatschef Jiang Zemin hat auf einem Forum zum 78. Jah-